



Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

– 17. Wahlperiode –

Gemäß Beschlussprotokoll über die 31. Sitzung des
Abgeordnetenhauses von Berlin am 16. Mai 2013
hat das Abgeordnetenhaus folgenden Beschluss gefasst:

Prävention im Land Berlin durch das Aktionsprogramm Gesundheit stärken

Das Abgeordnetenhaus von Berlin begrüßt das Vorhaben des Senats, in dieser Legislaturperiode ein „Aktionsprogramm Gesundheit“ umzusetzen, um damit Prävention und Gesundheitsförderung im Land Berlin zu stärken.

Bei der Konzeption und Umsetzung des Aktionsprogramms wird der Senat gebeten, folgende Schwerpunkte zu berücksichtigen:

1. Die im Rahmen der Handlungsfelder der Primärprävention bestehenden Good – Practice Maßnahmen sind quantitativ und qualitativ auszubauen. Sie sollen sich insbesondere an Menschen mit besonderen Gesundheitsrisiken und erhöhtem gesundheitlichem Förderbedarf sowie an Menschen mit Migrationshintergrund richten.
2. Die Landesprogramme für gesundheitsförderliche Settings in den Bereichen Arbeit (BIGA), Schule (Anschub/„gute gesunde Schule“) und Kita sind einzubeziehen und zu verstärken.
3. Als neue Landesprogramme sollen aufgelegt und koordiniert werden
 - „Gesunde Kommune“,
 - „Gesundes Altern“ und
 - „Präventionsketten für ein gesundes Aufwachsen“.

Zusätzlich ist ein Landesprogramm „Sport und Bewegung“ zu initiieren. Hier ist insbesondere zu prüfen, wie das Programm in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Akteuren des Sports und der Gesundheitswirtschaft umgesetzt werden kann.

4. Ein weiterer Schwerpunkt des Aktionsprogramms soll die Zusammenarbeit mit den Projekten des Integrierten Gesundheitsprogramms bilden. Die Akteure des IGP sollen in diesem Zusammenhang aufgefordert werden, Maßnahmen der Primärprävention für ihr jeweiliges Themenfeld zu benennen und Vorschläge zur inhaltlichen Anreicherung des IGP zu unterbreiten. Dazu soll der Senat die Etablierung eines Innovationsfonds innerhalb des IGP prüfen, aus dem diese Maßnahmen finanziert werden und sich für eine langfristige Absicherung einsetzen.
5. Ferner wird der Senat gebeten, für das Aktionsprogramm Gesundheit ein Evaluationskonzept vorzulegen, um von Anfang an eine Erfolgskontrolle abzusichern. Weiterhin sind Synergien zu den Studiengängen und Akteuren im Bereich Public Health in Berlin zu prüfen und gegebenenfalls zu entwickeln.

Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert, sich über den Bundesrat für die Verabschiedung einer umfassenden nationalen Präventionsstrategie in Deutschland einzusetzen und über diesbezüglich eingeleitete Maßnahmen dem Parlament ausführlich zu berichten.

Für die Richtigkeit:
Berlin, den 16. Mai 2013

B a e r